

37. Abgeordnete
Corinna Rütter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung angesichts der Berichte über behinderte Flüchtlinge, denen barrierefreie Unterkünfte, medizinische Versorgung oder Hilfsmittel verwehrt bleiben (u. a. SPIEGEL ONLINE vom 14. April 2015, „Behinderte Flüchtlinge in Deutschland: Saddads Odyssee“), über die aktuelle Versorgungslage hinsichtlich behinderungsbedingter Bedarfe in den Erstaufnahmeeinrichtungen, und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über konkrete Maßnahmen, um insbesondere den Zugang zu barrierefreien Unterkünften für behinderte Flüchtlinge in Anbetracht steigender Flüchtlingszahlen zu gewährleisten?

**Antwort des Staatssekretärs Jörg Asmussen
vom 23. Oktober 2015**

Die Bundesregierung sieht die gewaltigen Herausforderung, vor der die für die Unterbringung von Asylsuchenden zuständigen Länder und Kommunen angesichts der sehr hohen Zahl von Asylsuchenden stehen, und unterstützt ihre Bemühungen, bei der Unterbringung den Interessen aller bestmöglich gerecht zu werden. Konkrete Maßnahmen im Sinne der Fragestellung sind der Bundesregierung nicht bekannt.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

38. Abgeordnete
**Eva
Bulling-Schröter**
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung von den Produktionsbedingungen des Pregnant Mare Serum Gonadotropin (PMSG), genannten Hormons, welches von schwangeren Stuten gewonnen und z. B. in der Schweinehaltung (Ferkelzucht) eingesetzt wird, und welche Schritte unternimmt sie, um die PMSG-Produktion tiergerechter zu gestalten?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Dr. Maria Flachsbarth
vom 22. Oktober 2015**

Informationen über die Produktionsbedingungen von PMSG in den Staaten, in denen dieses Mittel hergestellt wird, liegen der Bundesregierung nur in begrenztem Umfang vor. Aus Anlass aktueller Presseberichte hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) am 2. Oktober 2015 entsprechende Nachfragen an die Botschaften zweier südamerikanischer Staaten gerichtet, die diese mit einem gemeinsamen Bericht vom 7. Oktober 2015 beantwortet haben. Beiden Botschaften sei von der Welttiergesundheitsorganisation (OIE) mitgeteilt worden, dass die OIE mit verschiedenen Drittstaaten ein Zusammenarbeitzentrum für